

Haushalt 2022: Landesregierung verschiebt Probleme in die nächste Legislaturperiode

Im kommenden Jahr steigt der Polizeietat in NRW auf 3,89 Milliarden Euro, 200 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr. Das geht aus dem Entwurf für den Haushalt für 2022 hervor, den der Landtag Anfang Oktober erstmals beraten hat. Steigen sollen vor allem die Investitionen in die Informations- und Kommunikationstechnik (+ 46,1 Mio. Euro) und den Digitalfunk (+ 11 Mio. Euro). Auch für den Ausbau und die Sanierung der Polizeigebäude (+ 7,6 Mio. Euro) und die Inanspruchnahme von Dienstleistungen Dritter durch die Polizei (+ 10 Mio. Euro) ist mehr Geld vorgesehen. Zudem soll der Personaletat auf 2,96 Milliarden Euro steigen (+ 104,68 Mio. Euro). Für viele, längst notwendige Verbesserungen stehen trotzdem auch im kommenden Jahr die erforderlichen Mittel nicht zur Verfügung. Weder für die längst überfällige Anpassung der Stellenplanobergrenze für A 12 und A 13 noch für die Aufstockung der zum Teil schon seit 20 Jahren eingefrorenen Zulagen. Auch für das DEIG findet sich im Landeshaushalt kein Geld.

Für die GdP ist das der falsche Ansatz. Die Lösung vieler drängender Probleme bei der Polizei muss endlich angegangen werden, statt sie erneut in die nächste Legislaturperiode zu verschieben. In einer ausführlichen Stellungnahme zum Haushaltsentwurf hat die GdP deshalb zahlreiche Punkte benannt, wo zusätzliche Mittel in den Haushalt eingestellt werden müssen. Sowohl in den Personaletat als auch bei den Sachmitteln.

Personaletat: Trotz Erhöhung weiter unterfinanziert

Mit 2,96 Milliarden Euro nehmen die Personalausgaben den größten Ausgabenblock

ein. Dass er wächst, ist vor allem dadurch zu erklären, dass die Zahl der Stellen bei der Polizei, Beamte und Tarifbeschäftigte, im kommenden Jahr von 50.649 auf 51.829 steigen soll. Hinzu kommt, dass die gerade begonnenen Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu Mehrausgaben führen werden. Geld für strukturelle Verbesserungen im Personalbereich sucht man im Etatentwurf von Schwarz-Gelb dagegen vergeblich.

Die GdP fordert deshalb Nachbesserungen am Haushaltsentwurf:

- Bei den Neueinstellungen begrüßt die GdP zwar, dass im kommenden Jahr erneut 2.600 Kommissaranwärterinnen und -anwärter eingestellt werden. Nur knapp 2.200 davon

werden allerdings erfahrungsgemäß in drei Jahren das Studium erfolgreich abschließen – zu wenig, um den wachsenden Nachersatzbedarf der Polizei zu decken. Die GdP fordert deshalb, dass zumindest ein Teil der durch die Abbrecher frei werdenden Stellen beim nächsten Einstellungstermin nachbesetzt werden.

- Positiv bewertet die GdP auch die Einstellung von 69 Regierungsinspektoranzwärtern. In der Vergangenheit sind allerdings viele von ihnen nach der Ausbildung in andere Behörden abgewandert, weil sie dort deutlich mehr Geld verdienen. Hier muss die Polizei finanziell nachbessern.

- Leistung muss sich auch bei der Polizei lohnen. Deshalb fordert die GdP, dass die Zahl der Stellen in A 12 und A 13 endlich an



den tatsächlichen Bedarf angepasst wird. Kurzfristig muss ihr Anteil auf mindestens 25 Prozent steigen, perspektivisch auf 35 Prozent.

- Handlungsbedarf gibt es auch im höheren Dienst. Sein Anteil von 1,7 Prozent an allen Stellen muss erhöht werden. Für besonders herausgehobene Funktionen muss zudem ein Aufstieg in die B-Besoldung möglich sein. So, wie das in fast allen anderen Verwaltungen in NRW längst üblich ist.
- 2022 sollen 703 Stellen für Regierungsbeschäftigte hinzukommen, der Großteil davon in der Laufbahngruppe 2.1. Trotzdem sind viele Stellen im Tarifbereich noch immer deutlich unterbewertet. Nicht nur bei IT-Experten wächst die Gefahr, dass sie zu Privatunternehmen oder in andere Bereiche des öffentlichen Dienstes abwandern.

Sachhaushalt: Defizite beim BGMPol und bei der Fortbildung

In den vergangenen Jahren hat das Land deutlich mehr Geld in Ausrüstung und Ausstattung der Polizei investiert. 2022

sollen die Mittel erneut steigen, insbesondere im Hinblick auf die Digitalisierung. Anderes ist dagegen im Haushalt hinten runtergefallen. Das gilt nicht nur für das DEIG, das Innenminister Herbert Reul (CDU) offensichtlich verhindern will:

- Im Frühjahr dieses Jahres haben sich der Hauptpersonalrat der Polizei und das Innenministerium auf einen Ausbau des behördlichen Gesundheitsmanagements bei der Polizei verständigt. Die erforderlichen Mittel dafür sucht man im Haushalt vergeblich.
- In Zeiten des demografischen Wandels und der Digitalisierung wird die Fortbildung bei der Polizei immer wichtiger. Trotzdem soll der Etat dafür bei 4,9 Millionen Euro eingefroren werden.
- Auch bei der Instandsetzung der Liegenschaften reichen die vorgesehenen Mittel nicht, trotz der geplanten Aufstockung um 7,6 Millionen Euro. Auch weil die zusätzlichen Beschäftigten bei der Polizei neue Räume brauchen.

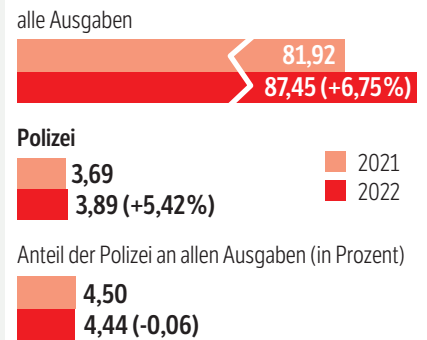
Noch vor Weihnachten will der Landtag den

Haushalt endgültig beschließen. Dann wird sich zeigen, welchen Stellenwert die Politik der Inneren Sicherheit wirklich beimisst. ■

200 Millionen Euro mehr

2022 steigt der Polizeietat in NRW auf 3,89 Milliarden Euro. Das sind 200 Millionen mehr als in diesem Jahr. Im Vergleich zum Gesamthaushalt sinkt der Anteil der Polizei allerdings leicht, auf 4,44 Prozent.

Landeshaushalt NRW (in Mrd. Euro)



Quelle: Landeshaushalt NRW 2022



Es wird spannend. Auch in Düsseldorf.



Noch laufen die Koalitionsverhandlungen. Aber der Aufbruch, der die Politik erfasst hat, wird nicht in Berlin haltmachen. Auch in NRW werden sich die politischen Gewichte verschieben, werden neue Themen nach vorne drängen und neue Köpfe. Wie der neue Landtag, der in gut sechs Monaten gewählt wird, aussehen wird, und wer dann politisch die Nase vorne hat, darüber lässt sich heute nur spekulieren. Aber dass auch auf NRW gewaltige Änderungen zukommen werden, zeichnet sich bereits jetzt mehr als deutlich ab. Viele alte Gewissheiten werden erneut auf den Prüfstand gestellt werden. Auch bei der Polizei.

Die schwarz-gelbe Landesregierung von NRW hat erklärt, dass sie sich von all dem nicht beirren lassen will. Der Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten soll geräuschlos verlaufen, das im Koalitionsvertrag vereinbarte Regierungsprogramm soll abgearbeitet werden. Was das für die Polizei im Einzelnen heißt, wird sich trotzdem erst in den kommenden Monaten zeigen.

Der Haushaltsentwurf, den die Landesregierung Anfang Oktober in den Landtag eingebracht hat, steht erst einmal für Kontinuität. Der von Schwarz-Gelb begonnene personelle Wiederaufbau der Polizei soll fortgesetzt werden. Der Polizei-Etat soll weiter steigen. Für viele Verbesserungen hat Schwarz-Gelb trotzdem kein Geld, obwohl sie dringend erforderlich sind.

Beim Entschließungsantrag zur Situation bei der Kripo, den die beiden Regierungsfractionen Anfang Oktober in den Landtag eingebracht haben, ist das anders. Er ist vor allem parteitaktisch geprägt, nicht von Sachargumenten. Dass die Kripo dringend mehr Unterstützung braucht, ist unstrittig. Die GdP hat immer wieder konkrete Vorschläge gemacht, wie die im Ermittlungsbereich eingesetzten Kolleginnen und Kollegen besser unterstützt werden können. Und wie die desolante Personalsituation bei K verbessert werden kann.

Die jetzt von CDU und FDP im Entschließungsantrag gemachten Vorschläge zielen in eine andere Richtung. Sie sollen vor allem der SPD im heraufziehenden Landtagswahlkampf den Wind aus den Segeln nehmen. Ohne dass die Kolleginnen und Kollegen bei K von den geplanten Maßnahmen am Ende etwas haben.

Michael Mertens
Landesvorsitzender der GdP



Attraktivitätsoffensive krachend gescheitert

In der letzten Besoldungsrunde hatte die Landesregierung zugesagt, dass im Kampf um die besten Köpfe im Lande die Attraktivität des öffentlichen Dienstes verbessert werden soll. Die fehlende Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die überlange Arbeitszeit, die unterdurchschnittliche Besoldung im öffentlichen Dienst – die Liste der Themen, bei denen dringender Handlungsbedarf besteht, ist lang. Trotzdem hat es mehr als ein Jahr gedauert, bis die Landesregierung die Gewerkschaften im Sommer vergangenen Jahres überhaupt zu Gesprächen über die Attraktivitätsoffensive für den öffentlichen Dienst eingeladen hat. Jetzt sind die Gespräche krachend gescheitert.

Auch die GdP hatte sich an den Gesprächen beteiligt. Immer wieder haben wir in

den letzten Monaten konkrete Möglichkeiten aufgezeigt, was angepackt werden muss, um die Polizei in NRW auch künftig handlungsfähig zu halten. Und um die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen fair zu gestalten. Neben einer Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit der verbeamteten Kolleginnen und Kollegen auf 39,5 Stunden gehört dazu auch die Einführung flexibler Arbeitszeitmodelle und eine Reform des Zulagenwesens mit einer Verdoppelung der Polizeizulage und einer Anpassung der Zulage für Dienste zu ungünstigen Zeiten (DuZ).

Das jetzt von der schwarz-gelben Landesregierung vorgelegte Ergebnis ist mehr als ernüchternd – auch mit Blick auf die im kommenden Jahr anstehenden Landtags-

wahlen: Größtes „Pfund“ von Schwarz-Gelb zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes ist die Einführung von Langzeitkonten. Voraussetzung für deren Nutzung ist aber eine „freiwillige“ Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten von derzeit 41 Stunden auf dann 44 Stunden.

Für die GdP ist das ein Schlag ins Gesicht für alle Kolleginnen und Kollegen, die bereits jetzt an der Grenze der Belastbarkeit arbeiten. Es wird interessant sein zu beobachten, wie sich die Vorschläge der Landesregierung im Mai nächsten Jahres im Wahlergebnis niederschlagen werden. Für die GdP ist dabei klar: Mit derart weltfremden Vorstellungen gewinnt man keine Wahlen. ■

Tarifverhandlungen: Aktive Mittagspause und Großdemonstration sollen Druck auf die Landesregierung erhöhen

Am 1. und 2. November findet in Potsdam die zweite Verhandlungsrunde für die Beschäftigten der Länder statt. Kurz darauf folgt am 27. und 28. November die dritte, voraussichtlich entscheidende Runde. Auch wenn in Potsdam weder der designierte neue Ministerpräsident Hendrik Wüst noch Finanzminister Lutz Lienenkämper (beide CDU) persönlich mit am Tisch sitzen, ist die Landesregierung bei den Tarifverhandlungen in der Pflicht. Denn der Tarifaabschluss hat nicht nur unmittelbaren Einfluss auf die Einkommen der rund 270.000 Tarifbeschäftigten in NRW, sondern auch für die Beamtinnen und Beamten. Alleine bei der Polizei sind in NRW 8.300 Tarifbeschäftigte und rund 48.000 Polizistinnen und Polizisten sowie Verwaltungsbeamte betroffen.

Damit wir eine deutliche Tariferhöhung durchsetzen können, wird die GdP ihre Mitglieder in den kommenden Wochen zu zahlreichen Aktionen aufrufen. Im Mittelpunkt stehen dabei die Aktive Mittagspause, bei der die GdP alle Beschäftigten der Polizei zu einer symbolischen Arbeitsniederlegung vor den Polizeibehörden aufrufen wird, und eine Großdemonstration in Düsseldorf. Geplant ist die Aktive Mittagspause für die zweite Novemberwoche (9.–15.11.). Auch die Großdemonstration, an

der sich neben der GdP auch die Mitglieder der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, der Bildungsgewerkschaft GEW und des Deutschen Beamtenbundes beteiligen werden, wird noch vor der dritten Verhandlungsrunde stattfinden. Der genaue Termin hängt von dem bis dahin erreichten Verhandlungsfortschritt ab.

Wichtig ist, dass sich an den Aktionen möglichst viele Beschäftigte beteiligen, denn noch liegen die Positionen von Gewerkschaften und Arbeitgebern weit auseinander. Während die GdP zusammen mit den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes fünf Prozent mehr Geld, mindestens aber 150 Euro im Monat für jeden fordert, machen die Vertreter der Länder Abstriche bei der Eingruppierung zur Voraussetzung für einen Tarifaabschluss. „Wir müssen mit sehr harten Auseinandersetzungen rechnen“, fasst Jutta Jakobs, die als stellvertretende Landesvorsitzende der GdP auch Mitglied der großen Tarifkommission der GdP ist, den aktuellen Verhandlungsstand zusammen. „Deshalb ist es wichtig, dass sich viele Beschäftigte an unseren Aktionen beteiligen.“ Die GdP will sich dabei auch den Umstand zunutze machen, dass in sechs Monaten ein neuer Landtag gewählt wird. „Wer in Düsseldorf regieren will, muss

dafür sorgen, dass im öffentlichen Dienst faire Einkommen gezahlt werden. Daran werden wir die Politiker erinnern!“, betont Jakobs. ■





Spaltung der Polizei hilft der Kripo nicht

Unter der Überschrift „Unserer Kripo den Rücken stärken“ hat sich der Landtag Anfang Oktober auf Initiative der beiden Regierungsparteien CDU und FDP in einem Entschließungsantrag für eine Entlastung der Direktion K ausgesprochen. In Zukunft sollen mindestens zehn Prozent der frisch ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten ohne das obligatorische Jahr im Wach- und Wechseldienst direkt zur Kripo versetzt werden. Zudem soll das Innenministerium Forschungsaufträge zur Belastungssituation in den unterschiedlichen Behördentypen und Direktionen vergeben. Die Ergebnisse sollen bis September kommenden Jahres vorliegen.

Die GdP trägt das Ziel des Entschließungsantrags, die Kripo nachhaltig zu entlasten, ausdrücklich mit. „Neben der fehlenden Verjüngung der Direktion K müssen vor allem das viel zu hohe Fallaufkommen und die noch immer unzureichende technische Ausstattung vieler Kommissariate endlich in Angriff genommen werden“, betonte der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Michael Maatz unmittelbar nach Bekanntwerden der Pläne gegenüber der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung

(WAZ). „Aber die von Schwarz-Gelb präsentierten Vorschläge ändern an der prekären Situation vieler Kripobeamter nichts“, ergänzte er.

Die GdP kritisiert vor allem den geplanten Wegfall der einjährigen Verwendung im Wach- und Wechseldienst. „Die Nachwuchspolizisten erwerben in diesem Jahr ein Erfahrungswissen, von dem sie in ihrem gesamten späteren Berufsleben zehren. Nehme ich ihnen diese Berufserfahrung, schwäche ich die Kripo, statt sie zu stärken“, sagte Maatz. Zudem liegt der Nachwuchsmangel bei der Kripo nicht an fehlenden Wechselmöglichkeiten, sondern an der zum Teil völlig desolaten Situation in vielen Kommissariaten. „Die Probleme im Ermittlungsdienst kann ich nur durch bessere Arbeitsbedingungen lösen, nicht durch Quotenvorgaben“, sagte der Kripoexperte der GdP.

Dazu gehört aus Sicht der GdP auch eine Aufgabenkritik. Weniger gravierende Straftaten müssen in Zukunft auch als Ordnungswidrigkeit geahndet werden können, statt als Strafverfahren. Zudem müssen die Polizeibehörden in Zukunft entscheiden dürfen, ob sie bei einem neu auftretenden Kriminalitätsschwerpunkt ihre Ressourcen stärker auf einzelne Deliktfel-

der konzentrieren, statt den Großteil der Ermittler für die Verfolgung niederschwelliger Rechtsverstöße einzusetzen. Wie das funktioniert, machen uns andere europäische Länder längst vor.

Zudem kritisiert die GdP, dass Polizisten bei einem Wechsel in die Direktion K oft alleine gelassen werden. „Das ich nach einem Wechsel zur Kripo oft mehrere Jahre warten muss, bevor ich an einer Einführungsfortbildung teilnehmen kann, ist völlig inakzeptabel. Die Rezepte, um das zu ändern, liegen längst auf dem Tisch. Das Innenministerium muss sie nur aufgreifen“, betonte Maatz, der selber viele Jahre für die Einführungsfortbildung für die Kripo verantwortlich war.

Zudem: Der Sinn der von CDU und FDP geforderten Belastungsstudie erschließt sich nicht, weil sich hier der Verdacht aufdrängt, dass auf diesem Weg das zu knapp bemessene Personal in der Polizei nur hin- und geschoben werden soll, statt genügend Nachwuchspolizisten einzustellen. Hinzu kommt, dass die Ergebnisse der Studie erst nach dem Ende der Legislaturperiode vorliegen werden. Besser wäre es, wenn das Innenministerium endlich die längst geplante Arbeitsgruppe arbeiten ließe, die Vorschläge für eine Entlastung der Kripo machen soll. ■

Hohe Abbrecherquote ist nicht akzeptabel

bleibt es beim aktuellen Trend, werden von den 2660 Kommissaranwärterinnen und -anwärtern, die am 1. September in NRW ihre Ausbildung bei der Polizei begonnen haben, in drei Jahren nur 2080 ihr Bachelorstudium erfolgreich abschließen, um als Nachersatz die dann in den Ruhestand gehenden älteren Kolleginnen und Kollegen zu ersetzen. Die übrigen 520 Anwärter scheiden vorzeitig aus, weil sie während der Ausbildung gemerkt haben, dass der Polizeiberuf für sie doch nicht die richtige Berufswahl war. Oder weil sie bei einer der vielen Teilprüfungen zweimal eine Leistung nicht erbracht haben.

Aktuell liegt die Abbrecherquote bei der Polizei bei 20 Prozent. Zum Vergleich: Vor fünf Jahren lag sie noch bei 9 Prozent. Für die GdP ist das eine nicht hinnehmbare Entwicklung. Nicht nur, weil es wegen des rasanten Anstiegs der Abbrecherquote länger dauern wird, bis die von der Politik versprochene Verstärkung endlich in den Wachen und Kommissariaten ankommt, sondern vor allem, weil auf diesem

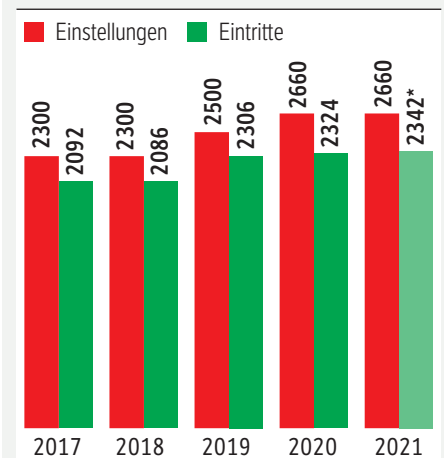
Weg der Polizei auch etliche junge Kolleginnen und Kollegen verloren gehen, die eigentlich hervorragend für den Polizeiberuf geeignet sind.

Die GdP fordert deshalb, dass die bereits seit einiger Zeit bestehende Joker-Lösung ausgeweitet wird. Bislang haben die Anwärterinnen und Anwärter nur im Hauptstudium die Möglichkeit, in maximal zwei Modulen eine nicht bestandene Einzelprüfung ein zweites Mal zu wiederholen. Der Großteil der Studienabbrecher fällt aber bereits im Grundstudium durch. Deshalb fordert die GdP, die Joker-Lösung auf das Grundstudium vorzuziehen. Darüber hinaus fordern wir, dass die in der jüngeren Vergangenheit eingeführten Tutorien, mit denen sich die Studierenden auf besonders schwierige Prüfungen vorbereiten können, ausgebaut werden.

GdP-Landesvize Michael Maatz sieht die Politik gefordert: „Sie muss dafür sorgen, dass die durch Abbrecher frei werdenden Plätze beim nächsten Einstellungstermin nachbesetzt werden. Der Großteil der Abbrecher scheidet bereits im ersten Studienjahr aus.“ ■

Fast 90 Prozent in der GdP

Von den 2660 Kommissaranwärterinnen und -anwärtern, die das Land in diesem Jahr eingestellt hat, sind erneut fast 90 Prozent in die GdP eingetreten. Für die GdP sind die neuen Anwärter Kolleginnen und Kollegen von Anfang an.



* Eintritte bis 01.10.2021
Quelle: GdP

Nach der Flut: Wachbetrieb in Schleiden läuft in Containern

Der Weg zur Polizeiwache Schleiden führt vorbei an zahlreichen Baustellen. Nach der Flutkatastrophe von Mitte Juli werden weggerissene Straßen- und Gehwegstücke wiederhergestellt, in und an Häusern entlang der B 265 wird gearbeitet. Weggespülte Uferböschungen der Flüsschen Olef und Urft sind provisorisch abgestützt worden.

Auch das angestammte Wachgebäude in dem Eifelstädtchen Schleiden ist eine Baustelle. Seit der Flut muss es umfangreich hergerichtet werden; der Keller mit Stromversorgung und Umkleiden war komplett vollgelaufen, auch im Erdgeschoss stand das Wasser zeitweise knöchelhoch. Für die knapp 40 Polizeibeamten und -beschäftigten stehen seit dem 22. September insgesamt 24 Container bereit, gestapelt auf zwei Etagen.

In ihnen (Außenmaße je 6,05 x 2,43 Meter) läuft der Wachbetrieb. „Es ist etwas beengt, aber es funktioniert“, berichtet Wachleiter Thorsten Köpp beim Besuch der DP. Die Container sind von innen hell gestrichen. Der 56-jährige Erste Polizeihauptkommissar hebt hervor, dass es eine Heizung gibt und Strom – Dinge, die man nach dem Extrem-Regen vom 15. Juli und danach neu schätzen gelernt hat.

Der Kreis Euskirchen gehörte mit dem Gebiet um Schleiden zu den Regionen in Nordrhein-Westfalen, die besonders stark betroffen waren. „Hier im Tal hatte es auch Tote gegeben“, sagt der Wachleiter. Olef und Urft, die wenige Kilometer von der Wache entfernt in Gemünd zusammenfließen, waren zu reißenden Fluten angeschwollen gewesen.

Derweil suchte sich immer mehr Wasser von den Hängen herab den Weg ins Tal: „Straßen, die von oben hinunterführen, waren zu Flüssen geworden“, erzählt Köpp. Er

selbst war in der Nacht vom Wachdienstführer zu Hause angerufen worden und hatte verzweifelt versucht, wie ein Kapitän zu seinem Schiff zu kommen. Immer wieder war Wasser im Weg.

„Für die 18 Kilometer brauche ich normalerweise eine Viertelstunde“, erzählt der Wachleiter. In dieser Nacht waren daraus drei Stunden geworden. Köpp legte immer neue Umwege und insgesamt 144 Kilometer zurück, ehe er schließlich mit einem anderen Polizeikollegen über Hellenthal zur Wache fand – „aber nur, weil das Wasser schon etwas zurückgegangen war“.

Olef und Urft, sonst nur wenige Zentimeter flach, waren zu Wasserständen von zweieinhalb Metern angeschwollen und weit über die Ufer getreten. An der Wache, die neben der Olef liegt, waren ein halbes Dutzend Einsatz- und nochmal so viele Privatfahrzeuge von Spät- und Nachtschicht unter Wasser. Nur eines konnte repariert werden.

Weil viele Kollegen nicht weit weg wohnen, sind viele auch privat massivst flutschädigt. „So mancher konnte sich schon glücklich schätzen, wenn bei ihm bloß der Keller unter Wasser gestanden hatte“, berichtet Köpp. Der Wachbetrieb musste in der ersten Zeit komplett improvisiert werden und fand teilweise



aus einem Bully heraus statt, später aus dem durchnässten Wachgebäude.

Weil die Telefonverbindung flachlag und auch Handys nur zeitweise funktionierten, fuhr Köpp in den ersten Tagen mehrfach mit dem Auto in die Kreisstadt Euskirchen, um Informationen zu holen. Der Wachleiter ist froh, dass diese Zeit vorbei ist. Er ist froh, dass die Container bereitstehen. Sie werden nun „auf Monate hinaus“ der Arbeitsplatz für Köpp und seine Kollegen sein.

Die Aufräumarbeiten im Tal werden noch lange dauern. In Schleidens Nachbarort Gemünd sind noch Läden verrammelt, die Geschäfte sind teilweise vorübergehend umgezogen. In einem Zeitungsschaukasten hängt noch die Ausgabe der Kölnischen Rundschau vom 15. Juli 2021 – jenem Tag, als die Flut kam. Auf der Titelseite wird vor Tief Bernd und Starkregen gewarnt. ■

Kollegen helfen Kollegen

Wir brauchen auch weiter eure Hilfe!

Alle Hilfsangebote an kollegen-helfen@gdp-nrw.de werden sofort weitergeleitet.

Ihr könnt auch spenden:

- per Paypal an kollegen-helfen@gdp-nrw.de
- oder direkt an die **Polizeistiftung NRW**

KSK Köln, IBAN: DE19 3705 0299 000 0727 24

Stichwort: Hilfe für Polizeikollegen



Kommunen wollen Stadtverkehr entschleunigen

Mehr und mehr Städte machen sich dafür stark, dass Tempo 50 innerorts nicht mehr automatisch Regelgeschwindigkeit sein soll. Die Kommunen wollen Tempo 30 anordnen, wo sie es für sinnvoll erachten – gegebenenfalls auch als stadtweite Regelgeschwindigkeit. Auf Einfallstraßen und Verkehrsadern sollen weiter 50 km/h möglich sein. Dafür müsste aber die Straßenverkehrsordnung geändert werden.

Deutscher Städtetag und Kommunen setzen da auf die künftige Bundesregierung. Bundesweit sieben Großstädte hatten die Initiative auf den Weg gebracht, aus NRW waren Münster und Aachen dabei. Weitere Städte sind hinzugekommen. Ein vom Bund gefördertes Modellvorhaben soll die Auswirkungen der Neuregelungen vertieft untersuchen.

Die GdP NRW fordert bereits seit 2011 die generelle Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit innerhalb geschlossener Ortschaften auf 30 km/h sowie die Ausweitung von Straßen mit besonderer Bedeutung (Durchgangsstraßen) mit höheren Geschwindigkeitsgrenzen. Insoweit begrüßt die GdP den Vorstoß.

„Die Verkehrssicherheit sollte jedem am Herzen liegen“, sagt der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Heiko Müller. Ihm ist das Modellvorhaben mit der Evaluierung besonders wichtig: „Dann bekommen wir valide Daten und sehen, was es für die Verkehrssicherheit bringt.“

Das System der innerörtlichen Geschwindigkeitsbegrenzungen passt nicht mehr zum immer komplexer werdenden Verkehrsgeschehen. 50 km/h als Regelgeschwindigkeit wird den Anforderungen an den Schutz

schwächerer Verkehrsteilnehmer nicht gerecht. „Während die Sicherheit im Fahrzeug zuletzt immer weiter verbessert wurde, ist die Gefahr von schwerer Verletzungen für die Verkehrsteilnehmer vor dem Fahrzeug sprunghaft gestiegen“, so Heiko Müller.

Die Wahrscheinlichkeit für einen erwachsenen Fußgänger bei einem Zusammenprall mit einem Pkw tödliche Verletzungen zu erleiden, steigt zwischen 30 und 50 km/h sprunghaft an, von etwa 10 auf 80%. Der Rückgang von tödlichen und schwersten Verletzungen hängt sehr stark davon ab, ob es gelingt, innerstädtischen Verkehr zu entschleunigen.

Aus den Städten Münster und Aachen heißt es auf DP-Nachfrage, dass man Straßen sicherer und leiser machen wolle und die Luft durch einen guten Verkehrsfluss besser. Und nicht zuletzt solle der Schilderwald gelichtet werden. ■

Anzeige



HSG
Savera Germany GmbH
Ihr Servicepartner für den Aufzugsbau

Produkte:
Fahrkorb-Führungs- und Gegengewichtsschienen
gewalzte Gegengewichte
Befestigungsteile

Sprechen Sie uns an!
02302-28237-0



HSG Savera Germany GmbH
Stockumer Straße 28 · 58453 Witten

DP – Deutsche Polizei Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon (0211) 29101-0
Telefax (0211) 29101-46
www.gdp-nrw.de
info@gdp-nrw.de

Redaktion
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Holger Dumke
Uschi Barrenberg
Telefon (0211) 29101-32
stephan.hegger@gdp-nrw.de

Adressänderung:
mitgliederverwaltung@gdp-nrw.de

**Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe ist der 9. November.**

ISSN 0170-6462

Der GdP Reiseservice -
DAS Reisebüro für GdP-Mitglieder
und deren Angehörige,
denn hier zahlt sich

Ihre Mitgliedschaft für Sie aus!

Ob Nah- oder Fernreise, Kreuzfahrt,
Hotel oder Ferienhaus, Mietwagen
oder Wohnmobil - rufen Sie uns an.



Unsere Hotline:

0211/29101 - 60

www.gdp-reiseservice.de

pinguin@gdp-reiseservice.de

Gudastraße 9 40625 Düsseldorf



Glücksnummern des Monats

Die Gewinner im November erhalten
einen Thalia-Gutschein
im Wert von 35 Euro.

45 33190, Bonn
45 10995, BZ Brühl
45 44707, Mönchengladbach

GdP aktiv

03.11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Unna, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerhaus, Heerener Straße 197, Kamen.

09.11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Essen/Mülheim, 10 Uhr, Hauptgebäude Galeria-Kaufhof, großer Konferenzsaal TA 2, Theodor-Althoff-Straße, Essen. Anschließend: Treffen Polizeiliegenschaft TA 4 zur Grillwurst. Anmeldung: Tel. (0201)829-2480 (dienstags bis freitags, 9 bis 12 Uhr).

09.11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Mettmann, 14 Uhr, Kaplan-Flintrop-Haus, Schwarzbachstr. 53, Mettmann (Parkmöglichkeit: Ende Hammerstraße).

16.11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Lippe, 16 Uhr, Gaststätte Kohlpott, Pivitsheider Straße 1, Detmold.

18.11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Heinsberg mit Mitgliederehrungen, 14:30 Uhr, Gasthaus Sodekamp-Dohmen, Breite Str. 3, Hückelhoven.

25.11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Bonn, 14:15 Uhr, Polizeipräsidium, Roter Saal, Königswinterer Straße 500, Bonn.

29.11., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Minden-Lübbecke, 17:30 Uhr, Kaisersaal, Königstraße 155, Minden.

08.12., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Soest, 17:30 Uhr, Haus Rasche-Neugebauer, Wilhelmstraße 1, Bad Sasendorf.

Senioren aktuell

Kreisgruppe Aachen

15. Dezember 2021, 15 Uhr, Weihnachtsfeier im Saalbau Kommer, Forster Linde 55, Aachen-Forst. Anmeldungen Tel: (0241)9577-23001 bis 10.12.2021

Kreisgruppe Essen/Mülheim

07. Dezember 2021, 15 Uhr, Jahresabschlussfeier der Senioren im weihnachtlichen Ambiente mit Jubilarehrung der Pensionäre, Hotel Franz, Steeler Str. 261, Essen.

Anmeldungen Tel.: (0201)829-2480 (dienstags bis freitags von 9 bis 12 Uhr).

Anzeigen



**Echte italienische Küche
bei Pasta e Gamberoni in Essen**

Rüttenscheider Str. 172 | 45131 Essen
Tel.: 0201 2463888 | E-Mail: info@pasta-e-gamberoni.de

Käuper + Pettrup

Heizung + Sanitär

Inhaber B. Pettrup

Schiffahrter Damm 251 - 48147 Münster
Tel.: 02 51 - 31 52 44 - Fax: 02 51 - 31 51 30
kaeuper@t-online.de

Marianne Funke GmbH & Co. KG

May-Eyth-Straße 47
46149 Oberhausen
Tel. 02 08/74 04 99 39
Fax 02 08/59 88 68